



INFORMATION

Koordination Südliches Afrika e.V.

Rote Beete allein im Kampf gegen Aids hilflos

Dr. Rath macht Werbung und Propaganda in Deutschland

Mitten in die Vorbereitung zu einer internationalen Aids-Tagung platzte die Einladung zu einer Konkurrenzveranstaltung: „Invitation: International Congress - HIV and Aids“ - „Neue Perspektiven, natürliche Alternativen“. Eine Tagung der „Allianz für Gesundheit, Frieden und Soziale Gerechtigkeit“. Hinter dieser Allianz und der weltweit verschickten Einladung steht die Rath-Stiftung. Dr. Rath ist persönlich im Vorstand vertreten. Die Tagung wurde so gelegt, dass sie kurz vor der Geberkonferenz des Globalen Fonds Ende September stattfand, und sollte aufzeigen, dass die gesamte anti-retroviralen Medikamente nur Schaden anrichten. Im Einladungsschreiben werden der Globale Fonds, die Bundesregierung, die Bill Gates-Stiftung und andere angegriffen. Der Tenor läuft immer wieder darauf hinaus, dass alle Institutionen und Regierungen nur die gesamte Pharmaindustrie unterstützen, den

Menschen aber schaden und nicht helfen. Eine erste Angriffswelle hatte sich bereits gegen Brot für die Welt und die EKD gerichtet, mit deren Geldern die *Treatment Action Campaign* (TAC) in Südafrika unterstützt wird. TAC hat gegen die Rath-Foundation geklagt und den ersten Prozess auch gewonnen. Dr. Matthias Rath hat schon in Deutschland mit hoch dosierten Vitaminpräparaten versucht, Krebspatienten zu heilen. Die Medikamente wurden hierzulande nicht zugelassen und es gab Gerichtsverfahren gegen Rath, der darauf nach Holland auswich. Seit 2004 ist er in Südafrika aktiv. Inzwischen hat Rath die hohe Dosierung zwar reduziert, bewirbt aber mit großen Anzeigen und anderen Aktionen seine Vitaminpräparate und Mikronährstoffe und verspricht, dass sich „die krankheitsbestimmenden Symptome der Aids-Krankheit in den meisten

vorgerufen. Insbesondere auch dadurch, dass Staatspräsident Mbeki und die wieder gestärkte Gesundheitsministerin Manto Tshabalala-Msimang bei HIV-Infektionen Rote Beete, Knoblauch und ähnliches empfohlen haben und den Zugang zu anti-retroviralen Medikamenten nach wie vor stark verzögern. Die Stärkung des eigenen Immunsystems durch gesunde Ernährung ist unbestritten eine wichtige Komponente auch bei einer HIV-Erkrankung, doch anti-retrovirale Medikamente können nach wissenschaftlichen Erkenntnissen im Stadium von Aids zwar nicht heilen, doch sie können wieder Leben und oft auch für eine längere Zeit die Rückkehr in den Arbeitsprozess ermöglichen. Niemand bezweifelt die Nebenwirkungen, aber in Deutschland etwa sind die Todesfälle in Folge einer Aids-Erkrankung wesentlich zurückgegangen, seit es diese Medikamente gibt.

Die Situation In Südafrika

Nach Schätzungen der WHO haben 67 Prozent der Menschen in Südafrika, die anti-retrovirale Behandlung (ART) brauchen, diese noch nicht bekommen. Der neue *National Strategic Plan* (NSP), den die entlassene Vize-Gesundheitsministerin Nozizwe Mdala-Routledge maßgeblich bestimmt hat, wollte die Behandlung von 200.000 Erwachsenen und Kindern bis Ende 2007 erreichen. 300.000 Menschen sind 2006 aufgrund einer durch Aids

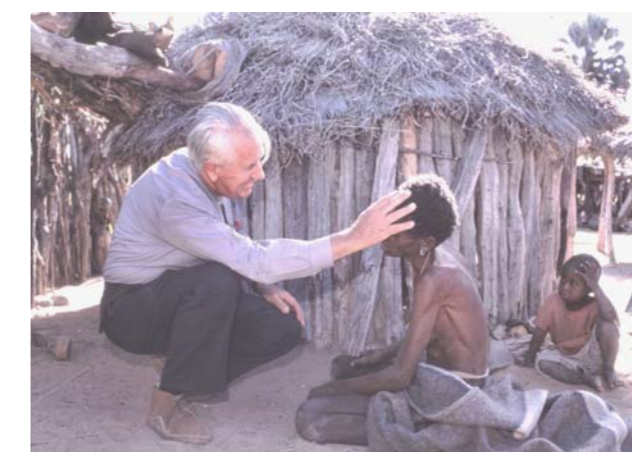


Foto: Günay Ulutuncok/laif/issa

Von Kairos zum Oikos

„Die südafrikanische Geschichte ist von sozialen und wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten gekennzeichnet. Als 1985 das Apartheidregime einen Ausnahmezustand als Antwort auf den wachsenden Widerstand verhängte, haben Menschen in den Kirchen dies als einen Moment der Krise und Chance begriffen - als *Kairos* - daraus entstand das *Kairos*-Dokument, das im September 1985 veröffentlicht wurde und die Ungerechtigkeiten des Apartheidsystems und in der Kirche herausstellte.

Das *Kairos*-Dokument inspiriert uns zwanzig Jahre später, aufgrund unseres gegenwärtigen Kontextes die *Oikos*-Reise zu unternehmen. Wir glauben, wir sind an einem anderen *Kairos* angekommen. Das gegenwärtige Wirtschaftssystem ist eine Herausforderung an uns alle“ (aus dem Dokument „die *Oikos*-Reise“)

Das Papier „*Oikos*-Reise“ wurde 2006 vom *Diakonia Council of Churches* in Durban verfasst. Es knüpft bewusst an die Tradition des *Kairos*-Dokuments von 1985 an und nimmt ebenfalls Anregungen aus den ÖRK-Vollversammlungen in Harare (2004) und Porto Alegre (Febr. 2006) auf. Das Papier soll vor allem eine Herausforderung an die Kirche sein, sich mit der wirtschaftlichen Gerechtigkeit in Südafrika und weltweit zu beschäftigen.

Kritisch anzumerken ist, dass neben der Analyse der Situation in Südafrika und der theologischen Reflexion das Papier kaum konkrete Handlungen und Anbindungen an bestehende Bewegungen oder Kampagnen aufgreift, die sich mit alternativen Wirtschaftsmodellen beschäftigen.

Es ist aber zumindest ein Versuch der kritischen Reflexion wirtschaftlicher Gerechtigkeit in der Post-Apartheidszeit. Daher empfiehlt sich eine nähere Auseinandersetzung mit dem *Oikos*-Dokument.

Der englischer Text findet sich unter www.diakonia.org.za, die deutsche Übersetzung kann als Broschüre bestellt werden bei Karin Saarmann, Christophstr. 35, 70180 Stuttgart, ksaarmann@web.de.

Zum Tod von Rudolf Weßler

Wenn in den Jahren der Apartheid im Südlichen Afrika ein bekannter Kämpfer durch das dortige Regime umgebracht worden war, wenn wir in der Antiapartheidbewegung der Bundesrepublik seiner in besonderer Weise gedenken wollten, dann war es zuerst Rudolf Weßler, der gefragt wurde, ob er nicht einen Gedenkgottesdienst vorbereiten und halten wolle.

Das waren dann oft Leute, die mit der herkömmlichen Kirche nicht viel zu tun hatten und die auch kaum noch etwas von ihr erwarteten. Aber sie gingen davon aus, dass Rudolf die angemessene Form eines Gottesdienstes und die zutreffenden Worte zum Tod des zu ehrenden Verstorbenen finden würde. Wie bei einem Gottesdienst zum Gedenken an Anton Lubowski, der zu den wenigen Weißen gehörte, die sich dem namibischen Befreiungskampf als Swapo-Mitglied angeschlossen hatten. Er gehörte zu keiner Kirche, aber Rudolf hat sich nicht geschaut, zu ihm, der damals noch von vielen auch in der Bundesrepublik als Terrorist diffamiert wurde, in aller Öffentlichkeit zu stehen und ihn in seiner Menschlichkeit und in seinem Kampf zu würdigen. Heute ist nun Rudolf selbst an der Reihe, dass wir anlässlich seines Todes und zum Gedenken an ihn zusammenkommen. Er war in den Anfangsjahren des Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika jahrelanger dessen Sprecher.

Dass MAKSA heute noch, nach 35 Jahren, besteht, ist nicht zuletzt ihm, seiner Besonnenheit und seiner Beharrlichkeit zu verdanken. Rudolf hat gegen die Verletzung der Menschenrechte geschrieben, die erste Sozialethik auf Afrikaans verfasst, zum Prozess gegen Beyers Naudé, gegen die Auswanderung von Weißen nach Südafrika geschrieben. Die Frage nach den Menschenrechten hat sein Gottesbild und seine Gottesbeziehung bestimmt und geprägt. Sie hat ihn immer wieder theologisch nachfragen lassen. Zu dem Gott, der sich der Armen, Verachteten und Erniedrigten erbarmt, der für Gerechtigkeit in aller Welt eintritt, hat er gebetet. *Markus Braun*

Termine:

Bielefeld Postkolonial

27. Okt. und 17. Nov. 2007

Ein kolonialgeschichtlicher Stadtrundgang des Arbeitskreises *bielefeld postkolonial*. im Rahmen einer Ausstellung zu Kolonialwaren und ihrem Handel, die vom Stadtarchiv und der landesgeschichtlichen Bibliothek angeboten wird. Die Ausstellung mit einem umfangreichen Begleitprogramm befindet sich in der Rohrteichstr. 19 und ist bis zum 30. November geöffnet.

Kontakt: Ch. Beninde, Welthaus Bielefeld, Tel. 0521-9864852, bi-postkolonial@welthaus.de

Auf zu neuen Ufern

Ländersolidarität zu Mosambik

gestern, heute und morgen

9. bis 11. Nov. 2007, Bielefeld

Seminar zu 30 Jahren Koordinierungskreis Mosambik.

Jugendgästehaus Bielefeld, Hermann-Kleinewächter-Str. 1, 33602 Bielefeld
Anmeldung: KKM, Bielefeld, Tel: 0521-124742, kkm@kkmosambik.de

Perspektiven Ländlicher

Entwicklung im Südlichen Afrika

7. bis 9. Dezember 2007

Evangelische Akademie Hofgeismar
34362 Hofgeismar, Tel: 05671-8810,
Ev.akademie.hofgeismar@ekkw.de,
www.akademie-hofgeismar.de oder:
gries@inisa.de

Herausgeber

Koordination Südliches Afrika
KOSA e.V.

August-Bebel-Str. 62
D-33602 Bielefeld
Tel.: 0521-98648-51
Fax: 0521-63789
kosa@kosa.org / www.kosa.org

Konto

1019894500 SEB AG
BLZ 380 101 11

V.i.S.d.P., Redaktion, Layout

Hein Möllers, Lothar Berger

Koordination:

Christoph Beninde

Redaktionsschluß: 20.09.2007

Druck KDR, Bielefeld



bedingten Krankheit gestorben. Wenn sich die Gesundheitspolitik in den nächsten zwei Jahren nicht gravierend ändert, werden in diesem Zeitraum über eine halbe Million Menschen ohne Zugang zur Behandlung durch ART sterben. Diese Einschätzung teilen viele zivilgesellschaftliche Organisationen wie der Südafrikanische Kirchenrat und der Gewerkschaftsbund Cosatu.

In einem offenen Brief an die Vize-Präsidentin Phumzile Mlambo-Ngcuka vom 21. August 2007 fordern diese Organisationen klare Zeichen der Regierung, dass sie es ernst meint mit der Umsetzung der Ziele des NSP, insbesondere im Blick auf die Behandlung und die Programme zur Verbeugung der Mutter-zu-Kind-Übertragung während der Geburt oder beim Stillen. Gerade nach der Entlassung von Mdala-Routledge wird befürchtet, dass die Regierung sich wieder auf den Standpunkt zurückzieht, den sie lange pflegte: die Ernsthaftigkeit der Situation zu leugnen und irgendwo Scheinkämpfe und Aktionen zu führen.

Zudem wird befürchtet, dass die Regierung das Unternehmen von Dr. Rath und dessen Feldzüge in Sachen Vitaminpräparate und „natürliche Aids-Medikamentation“ duldet oder gar begrüßt - jedenfalls ist deutlich, dass es kein klares Vorgehen gegen die Rath-Foundation gibt - trotz des Gerichtsverfahrens, das die Position von TAC gestärkt hat.

Angesichts der neuen Entwicklungen in Südafrika sowie der Werbestrategien in Deutschland und anderswo ist es wichtig, immer wieder auf diese Fakten hinzuweisen. Eine Hilfe bietet dazu ein Papier von Brot für die Welt:

<http://www.brot-fuer-die-welt.org/gesundheitsindex.php> oder auch direkt die Webpage von TAC zu Rath:
<http://www.tac.org.za/rath.html>

G-8-Nachlese

Guter Rat aus Afrika

„Die G-8 haben ein weiteres Mal versagt, sich auf konkrete Schritte für Entwicklung, fairen Handel und offene Märkte zu einigen. Genaue Wege zur Lösung der bislang gescheiterten Doha-Welthandelsrunde wurden nicht benannt, Maßnahmen zum Abbau von Handelsbarrieren fielen unter den Teppich. Es bringt nichts, immer nur zu versprechen. Handel ist ein wesentlicher Faktor für nachhaltige Entwicklung in Afrika. Solange sie dieses Thema nicht angehen, hegen wir große Zweifel an der Ernsthaftigkeit der G-8“, so der südafrikanische Erzbischof Ndungane zu den Ergebnissen des G-8-Gipfels im Juni diesen Jahres. Gleichzeitig regte er an, zukünftig verstärkt das Regierungshandeln der G-8-Regierungen in den Bereichen Wirtschaftspolitik und Entwicklungszusammenarbeit zu überprüfen – und spielte damit auf die Übertragung des *African Peer Review Mechanism* an, in dem afrikanische Länder sich gegenseitig auf Gute Regierungsführung untersuchen. „Die G-8-Länder haben Versprechen wiederholt, die sie schon im vergangenen Jahr nicht eingehalten haben. Noch immer fehlen klare Pläne und Fristen.“

Ndungane-Stellungnahme zum G-8-Gipfel:

<http://www.africanmonitor.org/node/82>

Abschlussdokumente zum Gipfel:

<http://www.g-8.de/Webs/G8/DE/G8Gipfel/GipfelDokumente/gipfel-dokumente.html>

Zu wenig Mittel für Globalen Fonds

Die Bundesregierung sagte auf dem G-8-Gipfel zu, in den nächsten acht Jahren ihre Mittel für den Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Malaria und Tuberkulose von jährlich 300 Mio. Euro auf 500 Mio. Euro zu erhöhen. Auch die Entwicklungshilfe soll bis 2010 auf 0,51%, bis 2015 auf 0,7% des Bruttosozialproduktes erhöht werden. Aus Afrika wurde kriti-

siert, dass die Zusagen von Gleneagles insgesamt um 27 Mrd. US-Dollar unterschritten werden, zudem sei ein Großteil der Hilfe bereits durch Schuldenerlässe abgegolten.

Afrika nicht überrollen: Stoppt EPAs!

Am 27. September jährte sich zum fünften Mal der Beginn der Verhandlungen zwischen der EU und den AKP-Staaten über EPAs. Mehr als 200 Organisationen und Netzwerke aus über 40 Ländern protestieren gemeinsam gegen die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, die zum Jahresende zwischen der EU und 76 Staaten aus Afrika, der Karibik und dem pazifischen Raum unterzeichnet werden sollen.

Aus Deutschland versammelten sich Mitglieder von 30 entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen vor dem Deutschen Bundestag in Berlin, um davor zu warnen, dass die EU mit den geplanten regionalen Freihandelsabkommen ("EPAs") Afrika zu überrollen droht. Mit einer Dampfwalze und einer Afrika-Karte haben sie gegen die neoliberale Handelspolitik der EU protestiert. Die Protestierer stemmten sich symbolisch in der Nähe des Reichstags gegen eine mit Fahnen der EU beklebte Walze und skandierten: "Afrika nicht überrollen" und "Stoppt EPAs!".

Informationen zum Internationalen Aktionstag unter www.epa2007.org bzw. unter www.stopepa.de



Erzbischof Ncube zurückgetreten

Pius Ncube, Erzbischof von Bulawayo und einer der schärfsten Kritiker von Simbabwe Staatschef Robert Mugabe, ist zurückgetreten. Der Vatikan hat sein Rücktrittsgesuch angenommen. Der 60-jährige Ncube wird eines Verhältnisses mit einer ehemaligen Sekretärin bezichtigt. Ende August begann gegen ihn ein zivilrechtliches Verfahren wegen Ehebruchs. Allerdings hatte Ncube erklärt, vom Geheimdienst in die Falle gelockt worden zu sein. Er sieht sich als Opfer einer Schmierenkampagne des Regimes. Simbawbes Bischöfe hatten sich ausdrücklich hinter Ncube gestellt. Der Erzbischof habe sich „mutig und mit moralischer Autorität für soziale Gerechtigkeit und politisches Handeln eingesetzt, um die schwerwiegende Krise unseres Landes zu überwinden“, hieß es in einer gemeinsamen Erklärung.

Die katholischen Bischöfe hatten sich wiederholt gegen Mugabes Willkürregime gewandt. Allen voran Erzbischof Ncube forderte Mugabes Rücktritt, legte den Finger in die wirtschaftlichen Wunden des einst so reichen Landes.

MAKSA fordert Dialog über Versöhnung und Wiedergutmachung

Der Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika MAKSA hat in einem Brief an die Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/ Die Grünen die Anerkennung und Wiedergutmachung der deutschen Kolonialverbrechen im ehemaligen Deutsch-Südwestafrika gefordert.

„Der MAKSA begrüßt es, dass die Namibische Nationalversammlung am 26. Oktober 2006 über alle ethnischen und parteipolitischen Grenzen hinweg einstimmig einen Antrag angenommen hat, der den von den deutschen Truppen verübten Völkermord anerkennt und die Forderungen der betroffenen Volksgruppen nach materieller Wiedergutmachung gegenüber dem deutschen Staat unterstützt.“

Wir greifen als MAKSA den Appell des namibischen Parlaments auf und möchten deshalb den entsprechenden



Pius Ncube

Beschlussantrag der Fraktion der Linken vom 6.3.07 an den Deutschen Bundestag unterstützen.

Wir erinnern die im Bundestag vertretenen Fraktionen an die historische Verantwortung der Bundesregierung und bitten Sie dafür einzutreten, dass ein offener Dialog ohne Vorbedingungen über Versöhnung und Wiedergutmachung zwischen der deutschen und namibischen Regierung unter Einbeziehung der betroffenen Volksgruppen stattfinden kann.“

Beitrag zur lutherischen Einheit in Namibia?

Der MAKSA hat den Zusammenschluss der drei lutherischen Kirchen Namibias am 22. April 2007 zu einem Vereinten Kirchenrat zum Anlass genommen, die Sonderrolle der Deutschen Lutherischen Kirche DELK kritisch zu würdigen. Im Gegensatz zu den anderen beiden Kirchen, der ELCN im Norden und der ELCRN im Süden, sei die 5.500 Mitglieder starke DELK "finanziell und spirituell in sehr viel höherem Maß von ihrem ausländischen Geldgeber und theologischen Förderer, der EKD, abhängig.“

Die beiden anderen lutherischen Kirchen erhielten zwar auch ausländische Unterstützung, doch hätten sie „ihr kirchliches Eigengewicht inzwischen unter Beweis gestellt: Sie haben Hunderte von einheimischen Pfarrern und Evangelisten ausgebildet und werden schon seit Jahrzehnten von einheimischen Bischöfen geleitet.“

"Dagegen hat es die DELK mit ihren Gemeinden im Lauf ihrer auf die Kolonialzeit zurückgehenden mehr als 100-jährigen Geschichte bis auf wenige Ausnahmen nicht vermocht, einheimische Pfarrer, geschweige denn einen

einheimischen Bischof hervorzubringen. Dadurch blieb sie bis heute ein Außenposten der EKD bzw. von deren Vorgänger. Noch heute verfügt die EKD über die Eigentumsrechte an den Gebäuden der beiden namibischen Hauptkirchen der DELK in Windhoek und Swakopmund, Zeugen deutscher Kolonialherrschaft und nationalistischer Verirrung im 20. Jahrhundert.“

Einen wirklichen Schritt zur Einheit sieht MAKSA durch die Einführung eines Vereinten Kirchenrats deshalb nicht. Die EKD werde "sich fragen müssen, wie lange sie ihren Außenposten in Namibia noch halten will.“

BIG Start

Seit 2005 setzt sich in Namibia eine breite zivilgesellschaftliche Koalition für die Einführung eines Grundeinkommens, einen *Basic Income Grant* (BIG) ein, der vom Staat allen Bürgerinnen und Bürgern bis zum Rentenalter gewährt werden soll.

Mit einem Pilotprojekt, das in dem kleinen Dorf Otjivero/Omitara im Osten Namibias gestartet wurde, möchte die BIG-Koalition jetzt zeigen, dass ein BIG positive Auswirkungen auf Armut und wirtschaftliche Entwicklung hat. Dort hat am 31. Juli 2007 ein Team der Koalition 1.005 Menschen registriert; sie sollen ab Januar 2008 für zwei Jahre 100 Nam-Dollar (ca. 10 Euro) im Monat bekommen.

Am 6. August hat Bischof Dr. Kameeta den *BIG Fund* offiziell ins Leben gerufen, um für das Pilotprojekt, das ganz von namibischen und internationalen Spenden abhängt, Geld zu sammeln. Benötigt werden zunächst drei Millionen Nam-Dollar (ca. 315.000 Euro). Die BIG-Koalition appelliert an Unterstützerinnen und Unterstützer der BIG-Idee, das Pilotprojekt mit einer einmaligen Spende oder über monatliche Beiträge für ein bis drei Grant-Empfänger finanziell zu unterstützen.

Spendenkonto:

BIG Namibia bei Werkstatt Ökonomie/ KASA, GLS Bank Bochum, BLZ 43060967, Kt.-Nr.: 8018851601 (BIC GENODEMIGL)
IBAN: DE12 4306 0967 8018 851601
www.bignam.org, web@bignam.org